

## Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung

**Freitag, 11. März 2011, 20.00 Uhr bis 22.00 Uhr im Restaurant Kreuz „Pintli“**

Vorsitz	Jaberg Ulrich, Gemeindepräsident
Protokoll	Wittwer Res, Gemeindeverwalter Gerber Renate, Verwaltungsangestellte
Stimmzähler	Zürcher Liselotte, Weier 4 Küenzi Jakob, Aettenbühl 98a Stegmann Ulrich, Aettenbühl 98 Rüfenacht Marcel, Kreuzweg 109
Einberufung	Publikation in den Amtsanzeigern Nr. 5 vom 03.02.2011 und Nr. 6 vom 10.02.2011
Stimmberechtigte	368 Personen
Anwesend	110 Personen (29,9 % der Stimmberechtigten)
Anwesend ohne Stimmrecht	Wittwer Res, Gemeindeverwalter Berger Gabriel, Thuner Tagblatt
Entschuldigungen	Gerber Franz, Gemeinderat

### Traktanden:

- 1. Projekt „Zukunft Zulgtal“; Grundsatzentscheid über die Fusion**
  - a) Vorstellung der Fusionsvarianten
  - b) Grundsatzentscheid über die Fusionsvarianten oder den Alleingang
- 2. Verschiedenes**

### **Begrüssung**

Gemeindepräsident Ueli Jaberg begrüsst die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu dieser geschichtsträchtigen Zusammenkunft und eröffnet die Versammlung. Herr Berger vom Thuner Tagblatt wird einen Bericht verfassen. Für das Interesse und eine objektive Berichterstattung wird gedankt.

### **Einberufung**

Die Versammlung wurde gemäss Art. 31 Organisationsreglement der Einwohnergemeinde Oberlangenegg 30 Tage vor der Versammlung durch Publikation in den Thuner Amtsanzeigern Nr. 5 und 6 vom 3. und 10. Februar 2011 sowie in der Gemeindepost Nr. 75 bekannt gemacht.

**Stimmrecht**

Gemäss Art. 24 Abs. 1 Organisationsreglement sind stimmberechtigt: Schweizerinnen und Schweizer, die seit drei Monaten in der Gemeinde wohnhaft sind und das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

Vom Stimmrecht ausgeschlossen sind:

- Res Wittwer, Gemeindeverwalter
- Berger Gabriel, Thuner Tagblatt

Ihnen wird gestattet, der Versammlung beizuwohnen.

Das Stimmrecht der übrigen Anwesenden wird nicht bestritten.

**Stimmzähler**

Als Stimmzähler werden auf Vorschlag hin gewählt:

- Zürcher Liselotte (vordere Hälfte Ostseite; 35 Stimmberechtigte)
- Küenzi Jakob (hintere Hälfte Ostseite; 31 Stimmberechtigte)
- Stegmann Ulrich (vordere Hälfte Westseite; 21 Stimmberechtigte)
- Marcel Rüfenacht (hintere Hälfte Westseite; 23 Stimmberechtigte)

Der Vorsitzende bittet die Stimmzähler, Res Wittwer die Anzahl Stimmberechtigte anzugeben.

**Traktanden**

Der Präsident verliest die Traktandenliste, wie sie veröffentlicht worden ist. Er fragt an, ob die Versammlung so abgewickelt werden kann.

Es wird keine Änderung gewünscht. Gemäss Art. 37 Organisationsreglement ist das Eintreten somit obligatorisch.

**Rügepflicht/Beschwerden**

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass gemäss Artikel 34 Organisationsreglement und Art. 49a Gemeindegesetz auf festgestellte Verfahrensfehler sofort hinzuweisen ist. Unterlässt eine stimmberechtigte Person einen solchen Hinweis, verliert sie das Beschwerderecht.

Die Versammlung ist somit konstituiert.

---

---

## Verhandlungen und Beschlüsse

---

### 1. 790 Regionenbildung Zukunft Zulgtal; Grundsatzentscheid über eine Fusion

---

Gemeindepräsident, Ueli Jaberg, führt in das Geschäft ein. An mehreren Informationsabenden und an den Gemeindeversammlungen während den letzten zwei Jahren konnten sich die Stimmberechtigten regelmässig über den Stand der Abklärungsarbeiten informieren lassen. Ebenfalls in der Zulgpost wurde periodisch über die neusten Erkenntnisse berichtet. In der Gemeindepost Nr. 75 wurde ausführlich über die Abstimmungsvorlage orientiert. Der Informationsblock des heutigen Abends wird in drei Teile gegliedert.

- I. Vorstellung der Fusionsvarianten
- II. Diskussion
- III. Abstimmung

#### I. Vorstellung der Fusionsvarianten

Der Sekretär trägt die Entstehungsschritte bis zum Fusionsabklärungsvertrag und die anschliessende Erarbeitung der Grundlagen noch einmal kurz vor.

#### **Auftrag**

Im Jahr 2006 wurden alle Einwohner/-innen des Zulgtals mittels einer Bevölkerungsumfrage mit Fragen zur Zufriedenheit mit den Dienstleistungen ihrer Gemeinde befragt. Anschliessend haben ein Projektausschuss und eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus allen Gemeinden im Auftrag der Stimmberechtigten aus allen zehn Gemeinden abgeklärt, welche Auswirkungen, Vorteile und Nachteile die Fusion unserer Gemeinden hätten. Die Arbeitsgruppe erstellte zuhanden der vertragschliessenden Gemeinden eine Reformstrategie als Entscheidungsgrundlage für die Festlegung des weiteren Vorgehens und den Grundsatzentscheid über die Fortsetzung der Fusionsabklärungen. Durch die Gemeinden ist grundsätzlich zu entscheiden, ob fusioniert werden soll oder nicht, und falls ja, mit wem. Als Grundlage dazu dient ein 140 Seiten umfassender Bericht, der aufzeigt, welche Vor- und Nachteile für die 10 Gemeinden aus einer Fusion entstehen würden.

#### **Zeitplan**

Die 10 Zulgtal-Gemeinden führen gleichzeitig am 11. März 2011 Gemeindeversammlungen durch. Erst nach den Grundsatzentscheiden der Gemeindeversammlungen von heute Abend werden unter den fusionswilligen Gemeinden die definitiven Entscheidungsgrundlagen erarbeitet wie Fusionsvertrag, Organisationsreglement der neuen Gemeinde, Wappen, Name, genaue Anzahl Gemeinderäte und Kommissionen, welche Reglemente weiterhin gelten etc.

## **Abgeklärte Fusionsvarianten**

### Variante 1

Die Variante 1 sieht vor, dass sämtliche 10 Zulgtalgemeinden zusammen fusionieren. Somit entstünde ein Gebilde mit einer Fläche von 96 km<sup>2</sup> und rund 5'600 Einwohnern. Alle bisher bestehenden gemeinderechtlichen Körperschaften und die bisher privatrechtlich organisierte Wasserversorgung von Unterlangenegg könnten in die neue Gemeinde integriert werden. Die neue Gemeinde hätte ein Strassennetz von 42 km Kantonsstrassen, 120 km Gemeindestrassen und 73 km Privatstrassen. Die Behördenmitglieder könnten von heute 282 auf 49 Personen reduziert werden. Für die Gemeindeverwaltung würden noch rund 12 Vollzeitstellen erforderlich sein, gegenüber von heute 16. Der einmalige Fusionsbeitrag beläuft sich auf 4 Mio. Franken. Die Umsetzungskosten werden auf 1.1 Mio. Franken geschätzt.

### Variante 2

Bei der Variante 2 würde im rechten und linken Zulgtal je eine Gemeinde gebildet. Die Gemeinde Schwarzenegg (ist nur ein Arbeitstitel) würde eine Fläche von 63 km<sup>2</sup> und rund 4'400 Einwohner aufweisen. In die Gemeinde integriert werden könnten der Sekundarschulverband Unterlangenegg, die Schwellenkorporation Buchholterberg-Wacheldorn und die heute privatrechtlich organisierte Wasserversorgung Unterlangenegg. Ein neuer Gemeindeverband für die Wasserversorgung im rechten Zulgtal wäre nicht nötig. Die Anzahl Behördenmitglieder könnten von bisher 203 auf 49 reduziert werden. Als Verwaltungsstandort ist das bestehende Gemeindehaus in Unterlangenegg vorgesehen. Die Vollzeitstellen der Gemeindeverwaltung könnten von bisher 12.5 auf 9.5 herabgesetzt werden. In der Verwaltung könnte die heute teilweise extern erbrachte Bauverwaltung integriert werden, die Verträge über die AHV-Zweigstellen wären unter den Zulgtalgemeinden nicht mehr nötig. Eine einzige Feuerwehr wäre für das rechte Zulgtal zuständig (Ausnahme Fahrni). Die Gemeinde Schwarzenegg hätte auf der Basis der Gemeinderechnungen 2007 ein konsolidiertes Eigenkapital von rund 9.2 Millionen Franken oder rund 30 Steueranlagenehnten. Die einmaligen Fusionsbeiträge des Kantons sowie der Gebäudeversicherung betragen zusammen 2.4 Mio. Franken. Die Umsetzungskosten werden auf rund 1 Mio. Franken geschätzt, hauptsächlich in Form von Umbaukosten des Gemeindehauses.

### Variante 3

Die Variante 3 unterscheidet sich zur Variante 2 darin, dass Fahrni sich in Richtung Steffisburg orientieren würde. Die neue Gemeinde im rechten Zulgebiet würde noch eine Fläche von 57 km<sup>2</sup> und rund 3'600 Einwohner aufweisen. Die Behördenvertreter würden von heute 175 auf 49 Personen reduziert. Bei der Verwaltung würden noch 8 Vollzeitstellen von heute 11 angeboten. Der Fusionsbeitrag beträgt 1.9 Mio. Franken. Die Umsetzungskosten werden auf Fr. 855'000.- geschätzt.

## **Fusionen im Kanton Bern**

Fast jede vierte bernische Gemeinde ist gegenwärtig in Fusionsabklärungen. In den letzten Jahren wurden aus 34 Gemeinden 16 neue Gemeinden, d.h. 16 Fusionen wurden angenommen. 8 Projekte mit 21 Gemeinden wurden abgelehnt.

## **Ergebnis der Abklärungen**

### Organisatorisch:

- Die Gemeinden arbeiten schon heute sehr eng zusammen, sei es in der Ausgleichskasse oder die Schule oder Regionaler Sozialdienst oder Zivilschutz.
- Neben den 10 Einwohnergemeinden sind zwei Schwellenkorporationen, ein Schulverband und drei Friedhofverbände sowie die Wasserversorgungs-Genossenschaft Unterlangenegg als private Trägerschaft der öffentlichen Wasserversorgung tätig.
- Kaum eine Aufgabe wird heute noch im Alleingang erledigt.
- Heute sind sehr viele Einwohnerinnen und Einwohner in Behörden der 10 Gemeinden und 6 Verbänden und Schwellenkorporationen tätig, deutlich mehr als in den Vergleichsgemeinden.

### Finanziell:

- Die finanzielle Lage der Zulgtalgemeinden ist heute sehr gut. Der Finanzausgleich seit 2002 hat gemeinsam mit dem sparsamen Umgang mit Finanzen massgebend dazu beigetragen, dass die Gemeinden heute fast schuldenfrei sind. Mit dem neuen Finanzausgleich ab 2012 zeichnet sich aber in 8 von 10 Gemeinden eine Mehrbelastung gegenüber heute ab.
- Heute sind die Kosten für Behörden und Verwaltung höher als in den Vergleichsgemeinden.

Damit die Fusionsvarianten gemessen und mit dem Alleingang verglichen werden können, wurden Ziele definiert. Mit einer Fusion der Gemeinden können folgende Ziele viel besser erreicht werden als im Alleingang:

- 1) Die Position des Zulgtals in der Region und gegenüber dem Kanton stärken
- 2) Die Synergien optimal nutzen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen
- 3) Die Nutzung und den Unterhalt der Infrastrukturen verbessern
- 4) Zukunftsgerichtete Schulstrukturen schaffen
- 5) Unsere Kräfte im Zulgtal konzentrieren
- 6) Die Finanzlage und die Investitionsmöglichkeiten stärken
- 7) Attraktive und wettbewerbsfähige Steueranlagen
- 8) Vereinsleben, Kultur und Tourismus fördern und stärken
- 9) Einfachere Besetzung von Behörden und Verwaltungsstellen
- 10) Arbeitsplätze in Voll- und Teilzeitstellen anbieten und erhalten
- 11) Ausbildungsplätze für Lernende anbieten
- 12) Weniger Verwaltungsarbeiten, Verwaltungskosten, Behördenaufwand
- 13) Mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in der Aufgabenerfüllung und weniger Vertragsverhältnisse

### **Verwaltungskosten pro Einwohner**

Grössere Gemeinden haben normalerweise weniger Verwaltungsaufwand pro Einwohner, das gilt über alle Jahre hinweg. Durch eine Fusion könnte der Bruttoaufwand für die Verwaltung pro Einwohner wesentlich gesenkt werden. In unseren kleinen Gemeinden beträgt der Bruttoaufwand heute zwischen 400 bis 600 Franken pro Einwohner. Die Vergleichsgemeinden weisen deutlich tiefere Kosten aus.

## **Steuern, Gebühren**

Nach einer Fusion wird eine Gemeindesteueranlage von 1.70 Einheiten angestrebt. Die Gebührenbelastung sollte – sofern das Infrastrukturangebot nicht wesentlich ändert – unverändert bleiben. Die Schwellentelle in Buchholterberg und Eriz würden abgeschafft, da die Schwellenkorporationen aufgelöst würden. Die definitive Steueranlage und die Gebührenhöhe für Wasser, Abwasser und Kehricht hat die neue Gemeinde zu bestimmen.

## **Wesentlichste Vor- und Nachteile**

### Vorteile einer Fusion

- Einfachere Strukturen
- Kürzere Entscheidungswege
- Finanzen (weniger Verwaltung, mehr Infrastruktur, Beitrag)

### Nachteile einer Fusion

- Nähe des Bürgers/der Bürgerin zur Politik
- Identifikation mit Gemeinde
- Anfahrtswege zu den Dienstleistungen

## **Vernehmlassung**

Von April bis Juli 2010 lag der Bericht über das Fusionsabklärungsprojekt zur Mitwirkung öffentlich auf. Jedermann konnte die Gelegenheit nutzen um zu den gemachten Abklärungen seine Meinung, Anregungen oder Hinweise anzubringen. Insgesamt sind 25 Vernehmlassungen eingetroffen. Der allgemeine Tenor lautete, dass der Spareffekt durch eine Fusion kleiner sein könnte als dargestellt. Und weiter ist man wegen der Topografie gegenüber einer Fusion über den Zulgraben hinweg kritisch eingestellt.

Auch der Gemeinderat Oberlangenegg nutzte die Gelegenheit und hat eine Stellungnahme zum Fusionsabklärungsbericht eingereicht. Die Eingaben beziehen sich auf die Umsetzungskosten, den Verwaltungsstandort, die Dorfnamen, die Verpachtung von gemeindeeigenem Kulturland und die Bewirtschaftung und Nutzung des Gemeindewaldes.

## **Feststellungen des Projektausschusses**

1. **Die Vorteile überwiegen.** Allgemein sprechen die meisten zählbaren Fakten für eine Fusion mit einem möglichst grossen Gebiet, hingegen sprechen fast alle fühlbaren Argumente gegen eine Fusion. Insgesamt überwiegen aber aus Sicht des Projektausschusses die Vorteile.
2. **Es ist eine einmalige Chance.** Das Fusionsprojekt bietet dank der aktuell sehr günstigen Rahmenbedingungen die einmalige Chance, die 170-jährigen Strukturen im Zulgtal an die heutigen Anforderungen anzupassen.
3. **Investieren in die Infrastruktur statt in die Verwaltung.** Mit dem Abbau von heute strukturbedingten Doppelspurigkeiten in der Verwaltungstätigkeit können Kosten eingespart werden. Die frei werdenden Mittel könnten in die Infrastruktur (Strassenunterhalt, Wasser, Abwasser, Gebäude) investiert werden, wo sie mehr Nutzen stiften.

4. **Wenn fusionieren, dann möglichst gross.** Die Vorteile einer Fusion im Zulgtal überwiegen, sei es in Variante 1 (ganzes Zulgtal) oder in Variante 2 (linkes und rechtes Zulgtal je eine Gemeinde). Bei Variante 3 wären die finanziellen Nachteile für unsere Region bedeutend, weshalb diese Fusionsvariante nicht weiterzuverfolgen ist.
5. **Wenn eine Fusion, dann jetzt.** Mit der heutigen finanziellen Lage der Gemeinden handeln wir aus einer Position der Stärke heraus. Der Kanton leistet einen bedeutenden Beitrag an die Fusion, solange das Fusionsförderungsgesetz gilt. Die neue Gemeinde kann die neuen Anforderungen in vielen Bereichen besser erfüllen als die Gemeinden in der bisherigen Struktur, beispielsweise in der Wasserversorgung, in der Feuerwehr, in der Schule etc.

#### **Antrag der Gemeinderäte**

Die Gemeinderäte von Buchholterberg, Wachseldorn, Unterlangenegg, Oberlangenegg, Eriz, Homberg und Teuffenthal beantragen ihren Stimmberechtigten Variante 2, also pro Talseite je eine Gemeinde. Der Gemeinderat Schwendibach befürwortet den Alleingang. Wenn eine Fusion, beantragt Schwendibach seinen Stimmberechtigten eine Fusion mit Steffisburg. Horrenbach-Buchen und Fahrni tendieren für den Alleingang.

#### **Haltung des Gemeinderates Oberlangenegg**

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Gemeinderat sich zuerst auch von den Vorteilen einer Fusion überzeugen lassen musste. Im heutigen Zeitpunkt können wir die „neue Gemeinde“ (noch) selber formen und gestalten. Wie die Zukunft aussieht, und welche Erkenntnisse und Schlüsse der Kanton nach Ablauf des befristeten Fusionsförderungsgesetzes im Jahr 2017 zieht, ist heute nicht bekannt.

#### **Antrag des Gemeinderat Oberlangenegg**

- 1) Über den Antrag des Gemeinderates ist geheim abzustimmen.
- 2) Der Fusion der Einwohnergemeinden Buchholterberg, Eriz, Fahrni, Oberlangenegg, Unterlangenegg und Wachseldorn wird im Grundsatz zugestimmt.
- 3) Für den Fall, dass die Gemeinde Fahrni eine Fusion mit den Gemeinden des rechten Zulgtals ablehnt, wird der Fusion der Einwohnergemeinden Buchholterberg, Eriz, Oberlangenegg, Unterlangenegg und Wachseldorn im Grundsatz zugestimmt.
- 4) Der Gemeinderat wird beauftragt, den Fusionsvertrag und die erforderlichen Reglemente fusionsreif auszuarbeiten.

## **II. Diskussion**

Wüthrich Robert, Weier, äussert sein Missbehagen darüber, dass zu viele Vermutungen und zu wenig klare Fakten vorgestellt wurden. Er kritisiert, dass die Gemeinde schon seit langem einseitig Propaganda für die Fusion betreibt. Dabei hiess es einmal, dass Fusionsbemühungen vom Volk aus kommen sollten und nicht von oben herab. Die regelmässig publizierten Informationen – insbesondere auch heute Abend – sind ihm zu ausführlich. Er fragt rhetorisch «*wer verbürgt, dass die gemachten Prognosen*

*dann auch eintreffen»? Nicht alles was grösser wird – wird auch immer besser (vergleiche Verwaltungsreform → Aufhebung Amtsbezirke).*

Der Vorsitzende pflichtet Robert Wüthrich bei, dass der Alleingang unserer Gemeinde bis heute rund laufe. Leider können wir aber nicht in die Zukunft blicken, wie es beispielsweise in zehn Jahren aussehen wird. Tatsächlich sind die Einsparungen bei der kantonalen Verwaltungsreform laut Presseberichten um einiges tiefer als ursprünglich erhofft.

Scheuner Hans Rudolf, Aettenbühl, spricht in die gleiche Richtung wie sein Vorredner. Die bei der Vorstellung gemachte Aussage *«Eine grössere Gemeinde habe mehr Gewicht gegenüber dem Kanton»* ist in seinen Augen falsch. Die Position und Stärke einer Gemeinde ist nicht einwohnerabhängig, sondern die Qualität des Einzelnen ist massgebend. Wenn Kienersrütti als kleinste Gemeinde im Kanton Bern selbständig bleiben will und kann, so kann das Oberlangenegg auch. Ansonsten müsse er die Frage stellen, ob Oberlangenegg seine Aufgaben nicht gemacht hat. Die Gemeinde Schwarzenburg kann aufgrund ihrer Einwohnerstruktur (Verhältnis Land- und Zentrumsbevölkerung) nicht mit dem Zulgtal verglichen werden. Er fordert zudem, dass der Oberlangenegger Wald auf jeden Fall weiterhin zur heutigen Gemeinde zählen müsse. Grosse Waldflächen in umliegenden Gemeinden (namentlich in Buchholterberg und Eriz), die früher einmal im Besitz der Einwohnergemeinden waren, wurden an privatrechtlich organisierte Körperschaften – die Rechtsamegemeinden – abgetreten. H.R. Scheuner findet es nicht korrekt, wenn der heutige Oberlangenegger-Gemeindewald in die neu fusionierte Gemeinde einfließt, während derjenige der Rechtsamegemeinden – welcher früher auch einmal Gemeindewald war – weiterhin auf privatwirtschaftlicher Ebene bewirtschaftet werden kann. Auch bezüglich gemeindeeigenen Kulturlandes müssen klare Verhältnisse definiert werden, da das Kulturland in der Region unterschiedliche Qualität aufweist. Ferner ist ihm zu Ohren getragen worden, dass Eriz erst am Montag über die Abstimmungsvorlage befinden werde.

Der Vorsitzende ergänzt, dass mit der vorgeschlagenen Fusionsvariante 2 kein Graben von „Stadt und Land“ beabsichtigt werde. Bei der Vergleichsgemeinde Schwarzenburg handelt es sich um einen geografischen und topografischen Vergleich mit dem Zulgtal. Je grösser die Verwaltung ist, desto mehr Aufgabenbereiche kann die Gemeinde selber bewirtschaften. Die Gemeinde Kienersrütti hat praktisch alle ihre Aufgaben ausgelagert. Er berichtet, dass ausnahmslos alle Gemeinden heute Abend über das Fusionsabklärungsprojekt abstimmen werden.

Fahrni Andreas, Kreuzweg, gibt zu bedenken, dass ein Nein zum Grundsatzentscheid bedeuten könnte, dass die Gemeinde irgendwann vom Kanton zwangsfusioniert wird. Er erinnert an einen Entscheid des Bundesgerichts (Zwangsfusionen im Binntal, Kanton Wallis).

Der Vorsitzende antwortet, dass im Moment Zwangsfusionen kein Thema ist.



Völlmy Giancarlo, Weier, plädiert weiterhin für die Eigenständigkeit der Gemeinde, auch wenn die Führung einer eigenen Gemeinde ihren Mehrpreis hat. Er mutmasst, dass der schlussendlich messbare Gewinn durch eine Fusion den enormen Aufwand nicht wettzuschlagen vermag. Ohne Fusion ist die einzelne Stimme zehn Mal mehr Wert als nach einer Fusion.

Der Vorsitzende stellt klar, dass für den Gemeinderat nicht vorwiegend die finanziellen Aspekte ausschlaggebend sind um zu fusionieren.

Fahrni Markus, Süderenlinden, ist enttäuscht, dass immer nur die Vorteile stark hervorgehoben werden und mit den Nachteilen gedroht wird. Es heisst wohl, die Zahlen sprechen für eine Fusion, das Bauchgefühl eher dagegen. Für ihn sprechen aber die Zahlen nicht für eine Fusion. Oberlangenegg hat heute im Vergleich mit den anderen Zulgtalgemeinden billige Verwaltungs- und Behördenkosten. Er erkundigt sich, weshalb bei der Fusionsvariante 3 (ohne Fahrni) gegenüber der Variante 2 ein höherer wiederkehrender Mehrwert resultiert (vergleiche Seite 35 Vernehmlassungsexemplar Grundlagenbericht). Seiner Meinung nach stimmen wir heute nicht über eine Fusion ab, sondern ob wir in Zukunft noch etwas zu sagen haben. Deshalb fordert er die Anwesenden zum Nein-Stimmen auf.

Der Vorsitzende pflichtet bei, dass unsere Verwaltung nicht billig, aber günstig geführt werden kann. Die gestellte Frage betreffend „Mehrwert...“ kann soeben nicht beantwortet werden weil die Fragestellung – auch nach nochmaligem nachfragen – nicht verstanden wird. Fahrni Markus gibt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und zweifelt auch andere Aussagen im Grundlagenbericht an. Schon an der Informationsveranstaltung in Unterlangenegg habe diese Frage nicht beantwortet werden können. Der Vorsitzende lässt dem Fragesteller offen, inwiefern diese unbeantwortete Frage für ihn letztendlich ausschlaggebend ist um Ja oder Nein zu stimmen.

Scheuner Hans Jörg, Aettenbühl, äussert sich als Landwirt und Vorstandsmitglied der Flurgenossenschaft. Er befürchtet, dass bei einer grösseren Gemeinde keine Landwirte mehr im Gemeinderat vertreten sind. Die Probleme der Landwirte würden nicht mehr ernst genommen. Gewässer-sanierungen und Flurentwässerungen hätten vermutlich nach einer Fusion nicht mehr denselben Stellenwert wie heute. Er bittet um Ablehnung der Abstimmungsvorlage.

Der Vorsitzende teilt die Meinung, dass bei einer Fusion aufgrund der grösseren Gemeindefläche vermutlich nicht mehr alle Gemeinderäte jeden „Fleck“ in der Gemeinde detailliert kennen. Die Flurgenossenschaft wird aber auch nach einer Fusion Beitragsgesuche an Leitungserneuerungen beantragen können.

Oesch Ulrich, Stalden, möchte die schlanke und bewährte Struktur und Organisation in unserer Gemeinde beibehalten. Die Einwohner sind mit den Dienstleistungen unserer Gemeinde zufrieden. Einige Einwohner/-innen können von Teilzeitstellen bei der Gemeinde profitieren.

Es wird kein Gegenantrag gestellt. Die Diskussion wird somit geschlossen.

### III. Beschluss / Abstimmung

#### Beschluss über Antrag 1:

Der Gemeinderat beantragt eine geheime Abstimmung. Der Präsident fragt an, ob hierzu jemand einen anderen Vorschlag macht. Dies scheint nicht der Fall zu sein.

**Die Mehrheit der Stimmbevölkerung stimmt dem Antrag um geheime Abstimmung zu.**

#### Abstimmung über Antrag 2 – 4:

ausgeteilte Stimmzettel:	110
eingegangene Stimmzettel:	110
ungültig/leer:	<u>0</u>
gültige Stimmen:	<b>110</b>

JA-Stimmen	43
NEIN-Stimmen	67

**Die Gemeindeversammlung lehnt den Antrag des Gemeinderates mit 67 zu 43 Stimmen ab und spricht sich klar gegen weitere Fusionsabklärungen mit den Einwohnergemeinden Buchholterberg, Eriz, Fahrni, Oberlangenegg, Unterlangenegg und Wachseldorn aus.**

---

## 2. Verschiedenes

---

### Projekt Umbau/Erweiterung Schulanlage Brucherer

Ueli Jaberg orientiert, dass der Start für die geplanten Bauarbeiten (Saalanbau und Erweiterung der Aussenanlagen) verzögert wird. Der Baubeginn in den Sommerferien ist wohl kaum realistisch. Voraussichtlich an der Frühlings-Gemeindeversammlung können die Stimmberechtigten über das Projekt abstimmen.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Ulrich Oesch über den Stand der Abklärungen betreffend eines Fernwärmeverbundes. Ueli Jaberg antwortet, dass die Liegenschaftsbesitzer rund um das Schulhaus Brucherer demnächst schriftliche kontaktiert werden.

*Eingelangte Einsprachen: .....*

### **EINWOHNERGEMEINDE OBERLANGENEGG**

Der Gemeindepräsident:    Der Gemeindegeschreiber:

U. Jaberg

R. Wittwer

Genehmigung an der Sitzung des Gemeinderates vom .....